

ADM

göppinger blätter

Nr. 13



Veranstaltungen

So. 18. 11.

- Film: "Der unsichtbare Aufstand" (Costa Gavras)/Salach, Rathaus-Ostflügel (19.30h/Ortsjugendring)

Do. 22.11.

- Politik und Poesie mit Panach Kunert u.a./ Bad Cannstadt, Kursaal (Parteifreies Bündnis)
- Folk mit LINNENZWORCH (schwäbische Lieder und Tänze aus 6 Jahrhunderten)/Schorndorf, Manufaktur (20.30 h)

Fr. 23.11.

- Film: "Marx-Brothers in der Oper"/Eislingen, Hauptschule im Ösch (19.00 h/ 2,50 DM / AkJ Eislingen)
- ESPE, deutsche und jiddische Lieder/Schorndorf, JZ Hammerschlag (20.00h)
- Folk mit LINNENZWORCH / Schorndorf, Manufaktur (20 h)
- Antifaschismus-Ausstellung und Filme über die KZ's Welzheim und Kuhberg/Schorndorf, Volkshochschule (20.30 h)

Sa. 24.11.

- Antifaschismus-Ausstellung / Schorndorf, VHS (14.00 h)
- Im Rahmen der Ausstellung: Songgruppe des DGB, Liedermacher, Theater/Schorndorf, JZ Hammerschlag (20.00 h)
- Soft-Konzert mit PASSENGERS/Schorndorf, Künkelinshalle (20.00 h)
- CHRIS HINZE COMBINATION (Jazz, Schorndorf, Manufaktur (20.00h))

So. 25.11.

- Antifaschismus-Ausstellung / Schorndorf, VHS (14.00 h)

Mo. 26.11.

- Antifaschistisches Aktionskomitee Göppingen, Türkischer Arbeiterverein (GIB), Ecke Ziegel-/Schillerstr. (19.30h)

Mi. 28.11.

- ZUPFGEIGENHANSEL (dtsch.Folk) Schorndorf, Manufaktur (20.00)

Do. 29.11.

- Film: "Der Protest"/Schorndorf JZ Hammerschlag (20.00h, 2 DM)
- ZUPFGEIGENHANSEL/Schorndorf, Manufaktur (20.30 h)
- 29.11. bis 14.12.: "Kinder des Elends" (Ausstellung)/Lichthof des DGB-Hauses Stuttgart (Veranstalter: DGB Stuttgart)

Fr. 30.11.

- FREETIME JAZZ BAND (Dixie) / Schorndorf, Euro 80 (20.00 h)
- ZUPFGEIGENHANSEL/Schorndorf, Manufaktur (20.30 h)

Sa. 1.12.

- DIETER SÜVERKRÜP (Politische Lieder)/Schorndorf, JZ Hammerschlag (20.00 h)
- DARK TOWN JAZZ BAND/Schorndorf, Manufaktur (20.30 h)

So. 2.12.

- Film: "Nada" (Claude Chabrol)/Salach, Rathaus-Ostflügel (19.30h/Ortsjugendring)

Mi. 5.12.

- Heinrich Heine-Poesie und Politik/Sozialistisches Zentrum Stuttgart (20.15 h)

Do. 6.12.

- Film: "Deutschland im Herbst"/Schorndorf, Volkshochschule (20.00 h/ 2 DM)

Fr. 7.12.

- Film: "Strohfeuer" (V.Schlöndorff)/Eislingen, Hauptschule im Ösch (19.00 h/2,50 DM/AkJ)

Sa. 8.12.

- Informationsstand der Fraueninitiative Göppingen zum Thema §218 /Göppingen, Fußgängerzone (ab 9.00 h)

- STOPPACK (deutsche Lieder) / Geislingen
- "Leben im Elend. Warum?" (Veranstaltung zur Ausstellung, siehe 29.11.), Programm mit Szenen, Dias und Musik, an-schl. Fest mit LOS QUINTEROS/DGB-Haus Stuttgart, großer Saal.

- HARALD IMMIG (Volkslieder) / Süssen, JuTreff Lindenstraße

So. 9.12.

- Film: "Lebendig begraben" (nach E.A.Poe)/Süssen, JuTreff Lindenstraße (19.00)

I N H A L T

- Veranstaltungshinweise Seite 2
- Eine Geschichte von 1973 Seite 3
- Mutterschaftsurlaub und Familiengeld Seite 6
- Kommentar zum Familiengeld Seite 7
- Fraueninitiative Göppingen Seite 8
- Daten zum Sozialstaat Seite 9
- Gedicht/Remise Seite 10
- Kritik der Aktion zur Verhinderung des SS-Treffens Seite 11
- Rock gegen Rechts Seite 12
- Leserbrief Seite 14
- AK Lust und Freiheit Seite 15
- Veranstaltungshinweise Seite 16



Ausschneiden und senden an: DIE NEUE, Pfalzburger Str. 20, 1000 Berlin 31

Ich verschenke ein Abo für DIE NEUE vom Zeitpunkt des täglichen Erscheinens an

für ein halbes Jahr

für ein Vierteljahr

Ich mache von dem Sonderpreis-Angebot Gebrauch und überweise den Betrag (84 Mark für 6 Monate, 43 Mark für 3 Monate) sofort auf das Postcheck-Konto der Verlag + Druck GmbH 8621-108 Berlin-West.

Ich zahle erst bei Erscheinen der NEUEN den monatlichen Abo-Preis von 15,50 Mark auf obengenanntes Konto

Die/der von mir Beschenkte ist

Name

Straße

PLZ/Ort

Das Geschenkabonnement wird bezahlt von

Name

Straße

PLZ/Ort

Datum

Unterschrift

Ich abonniere DIE NEUE auch für mich selbst. Dieses Abo läuft bis auf Widerruf weiter. Eine Kündigung ist jeweils einen Monat zum Quartalsende möglich. Falls ich für die ersten drei/sechs Monate vom Sonderpreis Gebrauch machen will, überweise ich ebenfalls den Betrag sofort.

Warum nicht mal was Vernünftiges zu Weihnachten verschenken...

... nämlich ein Abo für DIE NEUE. Damit schenken Sie Vernunft auf Vorrat - täglich vom Erscheinungstermin an. Die oder der von Ihnen Beschenkte bekommt natürlich pünktlich zum Heiligabend einen freundlichen Brief von uns, aus dem hervorgeht, wer hier wem welche große Freude widerfahren läßt. Zu zahlen brauchen Sie erst am Erscheinungstermin: Monatlich 15,50 DM für ein Geschenkaboo, das allerdings über mindestens drei Monate gehen muß. (Sie können sich übrigens auch selbst beschenken). Wenn Sie im Voraus zahlen - also noch in diesem Jahr - können wir einen Sonderpreis machen, weil wir dann bei unseren Lieferanten auch Sonderpreise nutzen können:

84 Mark für das halbe Abo-Jahr (statt 93 Mark), 43 Mark für ein Drei-Monats-Abo (statt 47,50 Mark).

Damit tun Sie etwas Vernünftiges für die gemeinsame nützliche Sache - eben DIE NEUE. Und das macht Ihr Geschenk doppelt vernünftig.

I M P R E S S U M

Herausgeber: AK Politik im Jugendzentrum Club Remise

ViSdP: Ronald Straub

Auflage: 600

Druck: Fantasia Druck GmbH, Stuttgart

Redaktionsschluß: 24.10.79

Verkaufsstellen: Dietler, Herwig, Unterwegsladen

- Nicht alle Artikel geben die Meinung der Redaktion wider. Die Namen der Verfasser nichtgekennzeichneter Artikel sind der Redaktion bekannt.

eine geschichte von 1973

Es war unabänderlich - Diagnose meines Frauenarztes: Schwanger im 2. Monat; alles hilflose Augenverschließen, es nicht Wahrhaben wollen war umsonst - ich konnte mir nichts mehr vormachen:

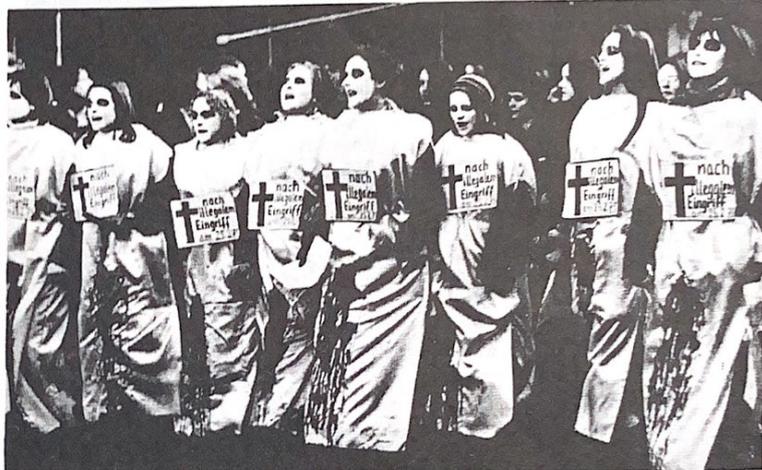
Meine Realität hat sich schlagartig verändert, nicht die der anderen:
ICH, 18-jährige Gymnasiastin, selbstverständlich ledig und ohne Einkünfte, der Vater des Kindes (noch) ohne Ausbildung, meine gutbürgerliche Familie nicht imstande, meine "Schande" mitzutragen.
Ich brauche Hilfe - mein Vertrauensarzt bietet Routine: "Kommen Sie regelmäßig 1 mal im Monat zur Kontrolle!"

Zum ersten Mal muß ich mich konkret mit der Situation einer ledigen Mutter auseinandersetzen, muß (so gut wie) alleine eine Entscheidung treffen darüber, wie es in Zukunft mit 3 Menschenleben weitergehen soll - tagelang fühle ich mich hin- und hergerissen, Verstand und Gefühle arbeiten unaufhörlich:

ich liebe Kinder, aber wie soll ich mein eigenes lieben? Ist es Liebe, wenn ich ihm nichts bieten kann als materielle Unsicherheit; es den Ressentiments aussetze, die unsere gutbürgerliche Gesellschaft unehelichen Kindern auch heute noch entgegenbringt oder gar der Lieblosigkeit der eigenen Verwandtschaft.

Wie soll ich fertigwerden mit der Belastung eines Kindes, wie soll ich ihm einen Lebensweg zeigen, wenn ich selber nicht weiß, wohin? Werde ich es nicht unbewußt hassen, weil es mir alle Zukunftschancen verbaut hat? Angst und Hilflosigkeit besiegen meine aufkeimenden Hoffnung, Glücksgefühl, Verantwortungsbewußtsein, Mutterliebe; Schuldgefühle werden verdrängt:

ich bin reif für die Entscheidung, die ich bei mir nie für möglich gehalten hätte: ich treibe ab.



Jetzt, wo ich mich entschieden habe, handle ich mit kühlem Verstand: Ich versuche gar nicht erst, in Deutschland abzutreiben - von einer Bekannten weiß ich, wie langwierig und aussichtslos dieser Weg ist.

Eine Freundin besorgt mir eine Adresse in Amsterdam: Der Versuch ist vergeblich - zu spät! Nur bis zur 8. Schwangerschaftswoche, und "wir" sind schon im 3. Monat! Außerdem sind sie überbelegt und "Formalitäten" wie Attest vom Frauenarzt und vor allem schriftliche Erklärung des Einverständnisses beider Eltern lassen mich beinahe verzweifeln. Amsterdam bietet mir dafür die Adresse einer Londoner Klinik an: hier gibt es keine Schwierigkeiten. Hier gelte ich als volljährig; meine Entscheidung genügt! Ich gebe an, seit wann ich schwanger bin, bekomme einen Termin; soll noch einmal Bescheid sagen, wann ich in London ankomme. Der Eingriff kostet 600 DM, das Doppelte von Amsterdam. Mein Freund läßt mich nicht im Stich - er beschafft das Geld. Ich buche einen Rückflug nach London. Die Sommerferien bieten mir ein Alibi: ich besuche für 2 Wochen die Mutter meines Freundes - meine Familie ist beruhigt, alles geht seine geordneten Bahnen.

All das kann nicht verhindern daß meine Beziehung zu meinem Kind immer enger und zärtlicher wird; noch wächst es in mir, ich fühle, wie es mich verändert und ich will es nicht hergeben! Die Schwester meines Freundes bringt mir Frauenzeitschriften mit Berichten von Abtreibungen mit, aber ich kann mich selber nicht damit identifizieren.

Mein Freund bringt mich noch zum Flugplatz, dann bin ich zum ersten Mal wirklich allein.

Flughafenkontrolle - flüchtiges Abtasten, einsames Warten in einer Halle voller fremder Menschen, Unsicherheit, ob ich hier richtig bin? Durch einen schmalen dunklen Gang, wandern wir zum Bus, der uns zum Flugzeug bringt. Bange Minuten: Verspätung wegen Fluglotsenstreiks (manche Maschinen fallen ganz aus!) Endlich starten wir; die vertraute Welt entfernt sich mehr und mehr, was wird mit uns passieren? Ich werde nicht mehr dieselbe sein, wenn ich hier wieder runterkomme. Lieber Gott, laß mich das durchhalten! Eine "smiling stewardess" bringt mir etwas zu essen ich stürze mich auf jede

kleine Freundlichkeit. Muß ein Formular ausfüllen: genau angeben wohin, bei wem, wie lange, Aufenthaltzweck. Ich habe Angst: was soll ich schreiben? Wem fällt dieser Zettel in die Hände? Ich sitze in einem deutschen Flugzeug und in Deutschland ist Abtreibung verboten = strafbar!

London Airport - riesige Ausmaße; ich fühle mich verloren, halte mich dicht an die anderen und lasse mich mitreißen vorbei an zahllosen Schaltern; x-Formulare befinden sich inzwischen in meinem Paß "Never done before?!" Ein freundlicher Zollbeamter nimmt sich, was er braucht. Eine gigantische Halle mit unüberschaubar vielen rotierenden Gepäckfördermaschinen. Wo ist meine? Ich stelle mich irgendwo an, bin wohl

scheint erleichtert, übergibt mich einem anderen freundlichen Typ: Erkennungsmerkmal wie ausgemacht, Buch unter dem Arm. Er bringt mich in ein Flughafencafé - wir müssen noch auf eine französische Maschine warten - 4 Stunden Verspätung. Am Tisch sitzt schon eine Frau, Mitte/Ende dreißig, Deutsche wie ich, kam mit derselben Maschine wie ich; sie begrüßt mich besorgt: "Wir dachten schon, Sie kämen nicht mehr! Sie ist freundlich, bleibt zurückhaltend. Ich fasse Zutrauen zu ihr wie zu einer Mutter, sie schenkt mir Zigaretten, wir rauchen en masse. Nach 2 Stunden ist die Französin da - es geht los. Eine bequeme schwarze Limousine bringt uns durch ausgedehnte Vorstadtgebiete in die City; wir steigen aus, ohne zu wissen, wo wir sind. Ein Zimmer, vollgeproft mit Frauen, sitzend, stehend,

mir steigt schon wieder die Angst hoch - was soll das alles? Mir scheint plötzlich alles in Frage gestellt zu sein: kann es sein, daß die mich gar nicht nehmen!

Ich versuche, ihr meine Gedanken begreiflich zu machen: fühle mich zu jung, keine Unterstützung zu erwarten von meiner Familie kein Geld, kein Beruf, versuche, ihr die Situation meines Freundes begreiflich zu machen. Erst ganz allmählich begreife ich, daß dies wohl auf eine soziale Indikation abzielt - ich dachte, hier wäre Fristenlösung?! Ich muß gleich bezahlen, 600 DM in englischen Pfund; bekomme die Quittung. Noch ist es nicht vorbei, ich werde zum Blutabnehmen geschickt, sie brauchen meine Blutgruppe, falls was passiert; "zuerst müssen wir untersuchen, ob Sie gesund sind."

Noch eine 3. Ärztin kümmert sich um mich, ich muß mich ausziehen und hinlegen - sie untersucht mich gründlich, sie sagt, daß mein Herz okay sei, auch mit der Schwangerschaft sei alles in Ordnung, keine Komplikationen. Sie will alle meine Kinderkrankheiten wissen - und das auf englisch. Ich komme mir allmählich sehr dumm vor, bin zutiefst verunsichert. Irgendwo draußen finde ich meine deutsche "Bekannte" wieder, zusammen mit ein paar anderen Frauen werden wir in ein altehrwürdiges "Londoner Taxi" verfrachtet und weiter geht es durch die Stadt; ich habe keine Ahnung wohin, ich dachte, wir würden operiert? Ich versuche, das alles zu verstehen. Das Gesetz schreibt wohl vor: Beratung und Untersuchung der Schwangeren durch 2 oder 3 voneinander unabhängige Ärzte - 1 Tag zwischen Beratung und Operation als Bedenkzeit - so sah also die Praxis aus, sie kam mir eher vor wie ein Tribunal.

Wir werden in einem Hotel untergebracht, die Leute dort wissen schon Bescheid - außer uns stehen noch mehr solcher Frauengruppchen umher, vielleicht von anderen Kliniken, alle wollen sie dasselbe. Wir beiden Deutschen sind uns sympathisch genug und beziehen gemeinsam ein Doppelzimmer, kommt billiger - nur 88 DM pro Nacht - und wir sind nicht allein! "Also bis morgen früh, aber nüchtern bitte!"



Pablo Picasso. Mutterglocke. 1956. Tuschezeichnung.

falsch. Gehe zu einer anderen, lauter Leute vor mir, kann nichts sehen. Plötzlich taucht meine Tasche auf, ich schnappe sie schnell und suche den Ausgang - 100 Ausgänge zur Auswahl nur cool bleiben und einfach drauflos gehen; fast trifft mich der Schlag, ich bin erleichtert und schockiert zugleich, ein arabisch aussehender Mann hält suchend ein Schild hoch, auf dem in großen Buchstaben mein Name steht - da stehen noch mehr Leute mit solchen Schildern, das Geschäft scheint zu florieren. Ich steuere auf mein Schild zu - jeder weiß jetzt Bescheid was mit mir los ist - er

verschiedene Nationalitäten, Massenabfertigung; mir fehlt total der Überblick - kommen wir heute überhaupt noch dran? Irgendwann muß ich mitkommen - eine Schwester nimmt meine Personien auf - es gibt erste Verständigungsschwierigkeiten, warum habe ich mich nicht vorher darum gekümmert, was schwanger auf englisch heißt?! Ich beantworte ihre Fragen, so gut es geht. Sie meint, ich könne mein Gepäck bei ihr stehen lassen und schickt mich in ein anderes Zimmer - "nun erzählen Sie mal. Warum wollen Sie den Eingriff überhaupt?! Mein Gegenüber ist höflich, sachlich, cool. In

Mit dem Aufzug ganz nach oben, graue Gänge entlang, alles sehr unpersönlich gehalten; unser Zimmer ist einfach und sauber, mit Telefon und Bad. Wir packen aus und baden - wegen morgen - witzeln übers Schnarchen. Heute verdrängen wir alles, morgen ist noch früh genug.

Wir unternehmen noch was, wollen noch etwas von London sehen. Wir kaufen uns einen U-Bahnplan und machen uns auf die Suche, fragen uns durch, sind ganz Touristen. Genießen es, mit Karacho durch den Underground zu flitzen, bestaunen altherwürdige Gebäude, sind enttäuscht von Picadilly-Circus, laufen Arm in Arm durch den Hyde Park - sie möchte nicht über sich sprechen, irgendeine unangenehme Affäre mit einem Kollegen, sie will nicht mal ihren Namen nennen, wir nennen uns beim Vornamen und siezen uns - ich bin so froh, daß sie da ist und erzähle ihr von mir. Abends gehen wir nochmal groß indonesisch essen - prost wir wollen immer noch nicht Iran denken!

Am nächsten Morgen holen Sie uns ab - wir bezahlen die Rechnung für eine Nacht ... In der Klinik nehmen uns die Schwestern in Empfang kleines, freundliches Haus; wir steigen eine Treppe hoch - auf Stühlen sitzen reihenweise Frauen mit Thermometern im Mund, ihr Anblick erschreckt mich, mit großen Augen hocken sie da, jede für sich hilflos, abwartend. Wir kommen in ein Vierbettzimmer - sie liegt neben mir. Ich schäme mich für mein schlechtes Englisch - verstehe nur die Hälfte aller Anweisungen, versuche krampfhaft, meine Unsicherheit zu überspielen - ich fühle mich ziemlich alleingelassen. Die Schwestern sind jung und sehr hübsch, sehr zurückhaltend und etwas ungeduldig - mir kommt es vor, als ob sie uns verachten. Ich habe natürlich nichts Brauchbares eingepackt - keine Hausschuhe, kein Nachthemd, keine Binden. Wir werden zum Waschen weggebracht; hinter einer spanischen Wand ziehe ich mich aus und bekomme ein Operationshemd. Wir müssen stundenlang warten. Neben mir liegt eine junge Amerikanerin, 15 oder 16 sie weint; wir haben Mitleid mit ihr, trotzdem geht sie mir auf die Nerven. Wir bekommen eine Spritze - sie macht alles etwas leichter.

Die Schwestern eilen geschäftig hin und her, lachen und unterhalten sich über ihre boyfriends, wohin sie heute abend ausgehen - ganz gewöhnlicher Alltag für sie. Am Nachmittag geht es dann los, die anderen kommen zuerst dran - also bis bald! Ein letztes Lächeln

keiner sagt, daß er Angst hat. Endlich werde auch ich abgeholt; ich muß selber die Treppen hinunter gehen in den Operationsaal; eine freundliche, ältere Schwester nimmt mich fürsorglich am Arm und spricht beruhigend auf mich ein; ich muß mich auf den Operationsstuhl legen, meine Beine werden weit auseinander gespreizt und hoch-

Später bekommt sie Besuch von ihrem Vater und ihrem Freund ich bin fast eifersüchtig, sie muß sich nicht alleine trösten! Ich erlaube mir nicht mehr zu weinen.

Sie bringen uns etwas zu essen kalte Kartoffeln und Gemüse. Es ist schon Abend, wir schauen fern; um 22 Uhr servieren sie uns noch Tee und Kekse, fast könnte ich mich wohlfühlen. Am nächsten Morgen werden wir



gezogen, ich hänge halb in der Luft - hier ist nicht der Ort für irgendwelche Schamgefühle! Der Arzt kommt, freundliches Lächeln, flüchtiger Blick, er eilt geschäftig vorbei. Ich versuche Vertrauen zu ihm zu fassen, habe keine Wahl! Von ihm hängt es ab, was weiter mit uns geschieht. Eine Schwester mit Mundschutz kommt auf mich zu, nimmt meinen Arm, spricht sanft und freundlich auf mich ein, rät mir zu zählen, während sie die Narkosespritze ansetzt - eine Woge von Wärme und Sympathie zu ihr überflutet mich, und ich sehe nur noch riesengroße braune Augen...

Es ist mir nicht klar, daß ich es bin, die hier schreit. Ganz allmählich tauche ich auf aus der Dunkelheit; am Fußende meines Bettes stehen Schwestern und reden halb ungeduldig, halb beschwörend auf mich ein; meine deutsche Freundin sieht voller Angst zu mir herüber. "Hören Sie doch um Gottes Willen auf zu schreien! Haben Sie Schmerzen? Wenn Sie sich nicht augenblicklich beruhigen müssen wir Sie in eine städtische Klinik verlegen!" Ich versuche krampfhaft, mein Schluchzen zu unterdrücken. Ich kann doch nichts dafür, ich habe ja noch gar keine Kontrolle über mich. Die kleine Amerikanerin neben uns weint heftig; verzweifelt schreit sie immer wieder: "Oh, where has my Baby gone!?"

untersucht, mit Antibiotika und guten Ratschlägen versehen - "keine Tampons, kein Geschlechtsverkehr in den nächsten 6 Wochen, Sie sind jetzt höchst fruchtbar" - ich glaube, uns ist vorläufig allen die Lust daran vergangen. Als Ausländerinnen wird uns weiterer Tag Klinikaufenthalt erspart, obwohl wir laut Gesetz noch eine Beratung über Empfängnisverhütung erhalten müßten. Dafür bekommen wir Briefe mit für unsere Frauenärzte. Eine Schwester bucht unsere Flüge. Wir beiden Freundinnen auf Zeit verabschieden uns voneinander, wünschen uns zum letzten Mal alles Gute - sie nimmt die Morgenmaschine, ich fliege nachmittags zurück. Alles ist als wäre nichts gewesen.

Mein Arzt tat verständnisvoll als er den Brief gelesen hatte: "So, haben Sie das Problem auf Ihre Weise gelöst!" Ich bin nie wieder zu ihm gegangen! Eine Unterleibsentzündung und die wochenlang anhaltende Blutung, habe ich überstanden, wesentlich später erst meine Verzweiflung. Kinder liebe ich noch immer in jedem sehe ich ein Bißchen von meinem eigenen. Schuldgefühle habe ich noch manchmal, doch wer alles ist "schuld"? Ich würde es wohl nicht wieder tun - oder doch? Wer kann das sicher von sich sagen, wenn er glaubt, er hätte keine Wahl und wenn er keinen Ausweg sieht?



Von Erika Mezger

BETR.: MUTTERSCHAFTS- URLAUB UND FAMILIENGELD

Das von der Bundesregierung vorgelegte Gesetz zur Einführung eines Mutterschaftsurlaubs ist verabschiedet. Die Neuregelung trat am 1. Juli 1979 in Kraft.

Bisher wurde die im Arbeitsverhältnis stehende Mutter aus Gründen der Mutterschaft für in der Regel acht Wochen nach der Entbindung von der Beschäftigung im Betrieb freigestellt. Wegen der mit der Schwangerschaft und Entbindung zusammenhängenden Veränderungen ist sie jedoch auch über diese Zeit hinaus schonungsbedürftig.

Der Schutz der Mutter wurde daher um weitere vier auf sechs Monate nach der Entbindung ausgedehnt. Mit diesem Mutterschaftsurlaub soll zugleich den im Arbeitsverhältnis stehenden Müttern ermöglicht werden, sich ihren Kindern in den ersten sechs Monaten nach der Geburt ohne Belastung durch die Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis widmen zu können.

Die Frauen müssen den Mutterschaftsurlaub, wenn sie ihn in Anspruch nehmen wollen, bis spätestens vier Wochen vor Ablauf der zweimonatigen Schutzfrist, die es ja auch bisher schon gab, beim Arbeitgeber beantragen. Dieser Anspruch kann nicht durch einen entsprechenden Arbeitsvertrag ausgeschlossen werden. Laut einer Kann-Bestimmung des Gesetzes ist der Arbeitgeber berechtigt, den Jahresurlaub der Mutter für jeden vollen Kalendermonat, für den Mutterschaftsurlaub genommen wird, um ein Zwölftel zu kürzen. Die Frauen, die von der neuen Regelung Gebrauch machen, erhalten wie bisher für sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Geburt Mutterschaftsgeld. Die Krankenkassen bezahlen pro Tag höchstens 25 DM und der Arbeitgeber übernimmt für diesen Zeitraum den Restbetrag zum Nettoeinkommen. Während der vier Monate Mutterschaftsurlaub kann eine Mutter jedoch nur noch mit 25 DM pro Tag, also höchstens 775 DM monatlich rechnen. Das bedeutet, und das trifft vor allem Ledige, auch wenn eine Frau vorher 1500 DM im Monat verdient hat, sie

sich, nimmt sie Mutterschaftsurlaub, mit 775 DM höchstens zu recht finden muß.

Es ist mit Sicherheit bedauerlich, daß die Erweiterung des Mutterschutzgesetzes nicht dazu genutzt wurde die Väter mit einzubeziehen und damit ihre Verantwortlichkeit gegenüber dem Kind zu dokumentieren. Man muß zumindest befürchten, daß sich die Arbeitsmarktchancen der Frauen durch den Mutterschaftsurlaub vermindern, wenn auch ein 8monatiger Kündigungsschutz (nach Ablauf des Mutterschaftsurlaubs ist die Frau noch weitere zwei Monate unkündbar) und die Erhaltung eines gleichwertigen, nicht in jedem Fall des gleichen Arbeitsplatzes, garantiert sind.



Eine emanzipatorische Zielsetzung muß es sein, einen mindestens 18monatigen Elternurlaub, d.h. alternativ für Mütter oder Väter, bei einem finanziellen Ausgleich mindestens in Höhe des Arbeitslosengeldes zu erreichen (siehe Schweden).

In diesem Zusammenhang ist es unabdingbar zu vermerken, daß der Beschluß der Landesregierung, ein sogenanntes Familiengeld in Höhe von 2000 DM nicht erwerbstätigen Müttern bei der Geburt eines Kindes zu zahlen, als ungeeignetes Mittel, eine - wie behauptet wird - Gleichstellung

zwischen berufstätigen und nichtberufstätigen Müttern zu erreichen, anzusehen ist.

Es liegt vielmehr auf der Hand, daß berufstätige und nichtberufstätige dadurch gegeneinander ausgespielt werden sollen. Ziel dieser Maßnahme soll offensichtlich sein, Frauen und Mütter von der Berufstätigkeit weg wieder stärker auf drei "K" - Kinder, Küche, Kirche - zu orientieren. Das wird auch durch die Haltung der CDU/CSU unterstrichen, als sie gegen die Erweiterung des Mutterschutzgesetzes stimmten. Zwei Dinge werden von der Landesregierung vermengt: Das Mutterschutzgesetz - als Teil des Arbeitsschutzgesetzes - und das Familiengeld. 2000 DM sind bei der Geburt eines Kindes sicher eine gute Hilfe, denn die Kosten für Kinderausstattung- und Ernährung sind stark gestiegen. Es fragt sich jedoch, haben Kinder erwerbstätiger Mütter nicht die gleichen Rechte, vom Staat eine Starthilfe für ihr Leben zu bekommen, wie Kinder nichtberufstätiger Mütter? Hier wird mit zweierlei Maß gemessen und der Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes sowie der Landesverfassung verletzt.

Berufstätige zahlen Lohnsteuer und müssen trotzdem hohe Kosten für Kindergärten und Krippen bezahlen. Es gibt zu wenig Krippen und kinderfreundliche Sozialwohnungen. Ganztagschulen sind selten, Lehrer werden entlassen trotz Unterrichtsausfalls. Trotz dieser Mängel bewältigen berufstätige Mütter Haushalt, Familienpflichten und Beruf. Durch die Erziehung ihrer Kinder leisten sie, wie nichtberufstätige Mütter, eine wichtige Aufgabe der Gesellschaft. Aber gerade darauf scheint die Landesregierung wenig Wert zu legen. Die Frauen sollen weiterhin für die Unternehmer eine Reservearmee bilden, die je nach Bedarf von ihnen zur Arbeit gerufen oder entlassen werden kann. Die durch Berufstätigkeit gewonnene Selbstsicherheit der Frauen ist offenbar nicht erwünscht. Von Gleichberechtigung kann noch lange keine Rede sein.

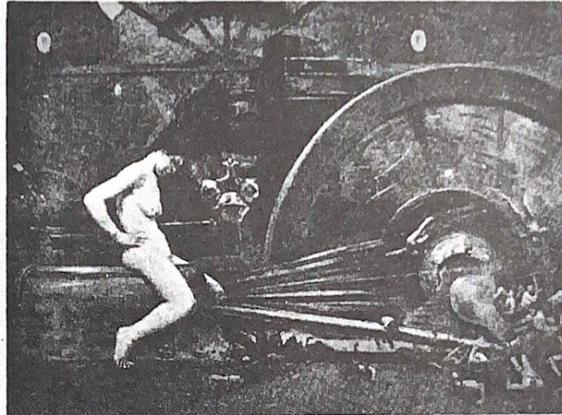
...eigentlich reicht das nicht aus ...

Kommentar zum Familiengeld

Familiengeld (2000 DM für nicht-erwerbstätige Frauen bei der Geburt eines Kindes) beziehungsweise Erziehungsgeld (400 DM monatlich, wenn die Frau nach der Geburt zu Hause bleibt): mir fallen dazu drei Dinge ein: Arbeitnehmerfeindlich, ich meine hier nicht die gutsituierten Angestellten; Frauenfeindlich, sowohl im Bezug auf die Berufstätigen als auch im Bezug auf die nichtberufstätigen Frauen; Kinderfeindlich. Im folgenden soll versucht werden diesen Standpunkt zu erklären.

Arbeitnehmer, sowohl weibliche als auch männliche, sind betroffen, weil ihre Familien häufig auf den Verdienst der Frau angewiesen sind. Bleibt die Frau jetzt zu Hause fallen wichtige finanzielle Mittel zur Erhaltung des Lebensstandards weg. Diesen Weg werden viele nicht wählen, eben aus diesen finanziellen Gründen. Damit liegt die Bevorzugung der Gutverdienenden auf der Hand. Ihre Frauen "haben es nicht nötig zu arbeiten", die Existenz der Familie ist durch den Ausfall des Verdienstes der Frau nicht gefährdet. Zu dem so oder so schon ausreichende Gehalt kommt jetzt noch Geld vom Staat. Weil diese Frauen nicht darauf angewiesen sind haben sie die Wahl. Nehme ich die 2000 DM in Anspruch oder gehe ich lieber arbeiten. Bei weniger verdienten Arbeitnehmern kann der Mann seiner Frau diese Wahl eigentlich nicht lassen, denn er ist, wie sie, auf ihren Verdienst angewiesen.

Frauenfeindlich ist dieser Vorschlag deshalb, weil er den status quo der Rollenverteilung festschreibt. Kindererziehung ist immer noch Frauensache. Sie werden zurück zu ihrem "Naturberuf" gewiesen. Die Selbstverwirklichung im Beruf bleibt den Männern vorbehalten. Anstatt daraufhin zu arbeiten, daß Frauen gleichwertige Ausbildung wie Männer erhalten, daß sie in sämtliche Entscheidungsprozesse der Gesellschaft mit einbezogen werden und diese wesentlich beeinflussen können, daß Frauen gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten und schließlich, daß Kindererziehung Sache der Gesellschaft wird, was die Voraussetzung dafür ist daß das Recht auf Arbeit ein selbstverständliches Menschenrecht wird, arbeitet man daraufhin die Frau auf den häuslichen Bereich zu beschränken. Hinzu



kommt, daß mit diesem Familiengeld erwerbstätige und nicht-erwerbstätige Frauen gegeneinander ausgespielt werden. Die Sache kommt mir auch wie eine wahltaktische Angelegenheit vor: Arbeitslose Frauen, die arbeitswillig sind, und Hausfrauen kommen sich nicht mehr nutzlos vor, ihre "natürliche" Fähigkeit - nämlich das Gebären und Kindererziehen - ist gefragt und wird prämiert. Bleibt die Frau zu Hause kann sie außerdem zur Reproduktion der Arbeitskraft des Mannes beitragen. Die CDU argumentiert, Frau könne auch in der Familie Selbstverwirklichung finden. Es soll also dabei bleiben, daß die Frauen kostenlos Hausarbeit verrichten, die durch ihre ständige Wiederholung eher monoton ist, als daß sie zur Entfaltung der Persönlichkeit beitragen würde. Jetzt wird der Gebärvorgang prämiert, denn schließlich ist das deutsche Volk am Aussterben. Das Schlagwort Geburtenrückgang ersetzt hier häufig Argumentation durch völkische Emotionen. Man erinnere sich: Auch zu Adolf's Zeiten erhielten Frauen, so sie sechs oder mehr Kinder als Kanonenfutter geliefert hatten, das Mutterkreuz.

Kinderfeindlich ist der Vorschlag schon deshalb, weil mit dem finanziellen Anreiz die Geburtenrate im Hinblick auf die Rentenfinanzierungsfrage angeheißt werden soll. Es geht also primär gar nicht um die Kinder, sondern die primitive Geburtenpropaganda, die es auf die Produktion von Kindern anlegt, fragt nicht danach was später aus den Kindern wird, denn die finanzielle Unterstützung des Staates hört längst vor dem Zeitpunkt auf, wo es um

eine Ausbildungssicherung der Kinder geht. Die Familie wird zum Produzent von Menschenmaterial. Daß derzeit eine Entwicklung im Gange ist, die der Familie andere Inhalte gibt, als die der Arterhaltung bleibt dabei unberücksichtigt. Zudem kann ein Sinken der Geburtenrate eigentlich nur positiv gewertet werden. Die Bundesrepublik ist so oder so mit 249 Einwohnern pro Quadratkilometer eine der dichtbesiedeltesten Industrienationen. Und wenn die Geburtenrate so niedrig bleibt wie zur Zeit leben im Jahr 2000 immer noch mehr Menschen als 1961, nämlich 56,3 Millionen. Und im Jahr 2030 sind es mehr als 1939, als Hitler meinte das deutsche Volk brauche Raum, nämlich 44 Millionen. Und schon Probleme wie Umweltschutz, Venknappung der Ressourcen, überfüllte Klassen, verstopfte Straßen und die Sorge um die fehlenden Ausbildungs- und Arbeitsplätze der Jugendlichen führen die Sorge um eine sinkende Geburtenrate ad absurdum.

Diese Angstmacherei mit dem Aussterben des deutschen "Herrenvolkes" wird zum Mittel der Unterdrückung der Frau. Als Reservearmee hat sie verfügbar zu sein, wenn man sie braucht, ansonsten soll sie der Erhaltung der Arbeitskraft des Mannes und zur Erhaltung des Volkes dienen. Andere Rechte hat sie nicht! Nur das gleiche Recht auf Arbeit von Männern und Frauen, die Vergesellschaftung der Hausarbeit und der Kindererziehung können zum Ende der Ausbeutung und der Willkür durch ein menschenfeindliches Arbeitskräftesystem führen. Eigentlich reicht auch das nicht aus. Denn Reformen ändern an der eigentlichen Situation gar nichts.

Fraueninitiative Göppingen

Uns gibt es noch!

Seit dem Frühjahr treffen wir uns wieder regelmäßig 14-tägig. Bis vor Kurzem haben wir jeweils ein Thema in den Mittelpunkt gestellt, z.B. Mütterlichkeit, Männerhaß, Frauenbewegung und lesbisch sein etc.. Wir konnten so unsere Erfahrungen austauschen und haben uns dabei gut kennengelernt.

Da wir es schön und wichtig finden, einen eigenen Raum zu haben, taten wir uns mit den

anderen Frauengruppen aus dem Kreis (Ebersbach, Salach, Juso, ASF) zusammen und wollen nun gemeinsam einen Raum anmieten. (Wer was weiß, soll's uns sagen !)

Da wir uns als politische Gruppe verstehen, wollen wir auf die augenblickliche Verschärfung der Situation um § 218 eingehen. Zu diesem Thema planen wir ein Treffen mit Frau Platta (Schwangerschaftsbe-

ratung in der Arbeiterwohlfahrt), sowie einen Info-stand gemeinsam mit den anderen Frauengruppen. In diesen Zusammenhang stellen wir auch folgenden Fragebogen. Je mehr Frauen uns schreiben desto mehr wissen wir und um so mehr Frauen kann geholfen werden. Also wenn du Lust und Zeit hast, schreib' uns doch über deine Erfahrungen; hier sind einige Fragen, die dir dabei helfen können:

- 1) Dein Alter?
- 2) Mit welchem Arzt besprichst Du Deine Probleme? (Hausarzt - Frauenarzt) Wenn Du Willst, gib die Adresse des Arztes an, damit wir eine Liste von empfehlenswerten bzw. nicht empfehlenswerten Ärzten aufstellen können.
- 3) Fühlst Du Dich verstanden? Hat er Zeit für Dich?
- 4) Wie waren Deine Erfahrungen, als Du von ihm Verhütungsmittel wolltest?
- 5) Aufklärung über Verhütungsmittel - Welche hat er empfohlen?
- 6) Welche Verhütungsmittel hast Du benutzt / benutzt Du? (Nebenwirkungen?!)?
- 7) Besprichst Du die Art der Verhütung mit Deinen Partnern?
- 8) Wenn Du schon schwanger warst, schreib uns über Deine Erfahrungen mit Deinem Arzt / Deiner Ärztin (Vorsorge - Entbindung).
- 9) Entbindung in der Klinik oder zuhause?
- 10) Mußttest Du schon einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen?
- 11) Welche Schwierigkeiten hattest Du und wer hat Dir geholfen?
- 12) Methode des Abbruchs - unter welcher Indikation fand er statt?
- 13) Mußttest Du ins Ausland fahren?
- 14) Kannst Du im Kreis Göppingen jemand empfehlen?

Es würde uns freuen, wenn noch Frauen bei uns mitarbeiten würden und uns ihre Vorstellungen von einer Frauengruppe schreiben würden. Unsere Treffpunkte erfahrt ihr unter "Was-Wann-Wo" in der NWZ.

Kontaktadresse: Angela Oswald
07161/21202

Literatur zum Thema

Alfred Andersch: Die Rote (Dio- genes) Eine Frau auf dem Weg sich von einem Mann auch geistig und psychisch zu lösen und dabei von einem anderen, zwar auf ganz andere Art, aber auch benutzt wird. Sie schafft's trotzdem.

Maxim Gorki: Die Mutter (dtv) Eine Mutter, die durch die politischen Aktivitäten ihres Sohnes ebenfalls beginnt politische Zusammenhänge zu begreifen und in den politischen Kampf der Arbeiter eintritt. Das Buch macht Schluß mit dem Vorurteil Mütter könnten sich nicht mehr ändern. Das Schöne an der Beschreibung: die Frau wird nicht kalt durch ihre Entwicklung, sondern behält ihre menschliche Wärme.

Simone de Beauvoir: Das andere Geschlecht (rororo) Das Buch ist und bleibt eine brauchbare Grund-



lage zur Diskussion, denn es spricht sehr viele (alle?) wesentlichen Bereiche an.

Jutta Menschik: Feminismus - Geschichte, Theorie, Praxis (Pahl Rugenstein Verlag)
Jutta Menschik: Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau (Pahl Rugenstein Verlag) Klassikerin-

nen wie Klara Zetkin müssen trotzdem gelesen werden.
Gerlinde Wilberg: Zeit für uns (Frauenbuchverlag) Kein mahrender Zeigefinger und keine "goldenen Regeln", sondern gute Tips für Frauen für Schwangerschaft, Geburt und danach.
Sarah Haffner: Gewalt in der Ehe (Wagenbach) Eine Dokumentation, die eindeutige Konsequenzen fordert.

August Bebel: Die Frau und der Sozialismus (Verlag Marxistische Blätter) Er hat Recht, wenn er sagt, daß die Frauenfrage letztlich erst im Sozialismus gelöst werden kann.
Lottmi Doozmann: Keiner schiebt uns weg (Beltz) Eine Bestandsaufnahme der neuen Frauenbewegung, die auch Perspektiven aufzeigt. Verständliche Texte machen die Gedanken nachvollziehbar.

Die im Dunkeln sieht man nicht

Für alle, die in Diskussionen über den "Sozialstaat" Bundesrepublik um Daten und Fakten verlegen sind, hier ein Kondensat über die soziale Realität in diesem Lande. Ein Kommentar erübrigt sich; die Zahlen sprechen für sich.

RAUSCHDROGEN und SUCHT

In der Bundesrepublik sind

- mindestens 1 200 000 Menschen alkoholabhängig,
- etwa 40 000 Jugendliche (15 bis 20 Jahre alt) rauschdrogenabhängig,
- etwa 100 000 Jugendliche unter 21 Jahren als trunksüchtig erfaßt,
- etwa 300 (meist junge Menschen) 1976 durch Konsum harter Drogen ums Leben gekommen, 1978 waren es schon über 400,
- etwa ein bis zwei Millionen Menschen suchtkrank,
- pro Kopf 1976 12 Liter reinen Alkohol konsumiert worden (1955: 5 Liter; 1965: 10 Liter).



PSYCHISCH KRANKE, PSYCHIATRIE und MEDIZIN

In der Bundesrepublik

- hat jeder vierte Patient nach ärztlichen Angaben sexuelle Probleme,
- gehen etwa vier bis acht Millionen Menschen pro Jahr wegen psychischer und psychosomatischer Erkrankungen zum Arzt,
- bedürfen etwa 10 bis 12 Prozent der Gesamtbevölkerung wegen psychischer Erkrankungen fachlicher Betreuung,

- sind an einem beliebigen Stichtag von 10 000 Bundesbürgern etwa 20 in psychiatrischen Anstalten untergebracht,
- ist die Anzahl der Anrufe bei der Telefonseelsorge von 1973 bis 1975 um etwa 100 Prozent gestiegen,
- werden etwa 0,5 Prozent der circa 11,9 Millionen DM, die die gesetzliche Krankenkassenversicherung und Ersatzkassen für die gesamte ärztliche Versorgung pro Jahr ausgeben, für Psychotherapie aufgewandt,

- sterben pro Jahr etwa 13 000 Menschen durch Selbstmord,
- ist Selbstmord bei 15- bis 20jährigen vor Unfällen und Tumoren die häufigste Todesursache,
- unternehmen etwa 100 000 Menschen pro Jahr einen Selbstmordversuch.

ARBEIT und SOZIALE SITUATION

In der Bundesrepublik

- sind etwa 300 000 Kinder und Jugendliche obdachlos,
- sind circa 20 Prozent der Großstadtwohnungen sanitär unzureichend ausgestattet,
- ereignet sich alle 18 Sekunden ein Arbeitsunfall,
- war jeder 13. Erwerbstätige 1975 von einem Arbeitsunfall oder einer Berufskrankheit betroffen,
- erleiden Arbeiter fast 80 Prozent der Arbeitsunfälle, obwohl sie nur 45 Prozent der Erwerbstätigen ausmachen,

- scheiden etwa 300 000 Beschäftigte aus Krankheitsgründen vorzeitig aus dem Arbeitsprozeß aus,
- leiden Frauen häufiger an anerkannten Berufskrankheiten als Männer,
- ist das Züchtigungsrecht des Lehrers noch nicht grundsätzlich in allen Bundesländern abgeschafft,
- kamen 1975 nach den hiesigen Kriminalstatistiken über 100 Kinder durch Gewalteinwirkungen ums Leben, wobei fast alle durch Mißhandlung getöteten Kinder die Opfer familiärer Gewaltanwendung waren,

- haben 800 000 Kinder kein eigenes Bett,
- steht nur einem bis zwei Prozent der bis zu Dreijährigen ein Krippenplatz zur Verfügung,
- fehlen 100 000 Kinderspielplätze,
- verunglückten 1978 1354 Kinder tödlich,
- haben 30 bis 50 Prozent aller Arbeiterhaushalte mit zwei bis vier Kindern ein Einkommen, das unterhalb der Sozialhilfeschwelle liegt.

K. - D. Klein

Psychologie heute Nr 11

EIN GEDICHT

Histomat und Stamokap

"Profitmaximierung",
"Historischer Materialismus" (Histomat),
"Kapitalakkumulation",
"Staatsmonopolistischer Kapitalismus" (Stamokap).-
Wie haßte ich diese Wendungen, diese Ausdrücke,
wie haßte ich diese Sprache
vor einigen Jahren noch erst,
als es Mode war,
sie zu sprechen!

"Eine Sprache,
mit der man sich über die andern stellt,
eine Sprache,
mit der man andere hinters Licht führt;
Schlagwörter,
mit denen man Menschen zu schlagen versucht",
dachte ich mir damals.

Heute denke ich
ein wenig anders über diese Sache.
Heute halte ich diese Sprache
auch für eine Sprache von Spezialisten,
in der sich einige wenige Leute unterhalten können,
die,
die einen klugen Kopf haben,
und sich die Mühe gemacht haben,
diese Sprache zu lernen.

Aber noch immer
halte ich diese Sprache für keine gute Sprache.
Denn ich wünsche mir,
daß das,
was wichtig ist,
was wesentlich ist,
- und ich denke,
das,
was diese Leute zu sagen haben,
ist wichtig und wesentlich -
kurz: daß das,
was alle angeht,
auch so geschrieben und gesagt wird,
daß alle es verstehen können.

Doch heute,
da es schon fast,
oder schon tatsächlich gefährlich ist,
solche Wörter in den Mund zu nehmen,
reizt es mich auch,
sie auszusprechen.

Darum ihr Spitzel
spitzt eure Ohren:
Ich,
Helmut Winklbauer,
geboren am 24. Januar 1955 in Göppingen,
derzeit wohnhaft in Uhingen-Sparwiesen,
Grünwaldstr. 14,
ich sage:
"Profitmaximierung,
Historischer Materialismus,
sage Kapitalakkumulation
und Staatsmonopolistischer Kapitalismus";
ich sage das,
ohne genau zu wissen,
was das alles ist.
Ich sage das nur,
weil ich will,
daß man das sagen darf;
und darum sage ich:
Histomat und Stamokap.

(Helmut Winklbauer)

remise

in der

Diskussion

Die Frage, ob die am 12. Okt. stattgefundene Podiumsdiskussion, bei der Vertreter der Stadtverwaltung, BM Christ und BM Schuckenböhmer, sowie Vertreter der Stadtratsfraktionen CDU Aupperle, FDP Veil und SPD Birzele anwesend waren, ein Wendepunkt in der Geschichte des unfreiwilligen Exils des Juze Club Remise ist oder nicht, sollte und kann zu diesem Zeitpunkt nicht beantwortet werden, da die Ergebnisse, d.h. die mündl. Zusagen durch die Stadtverwaltung und Fraktionen, z.T. immer noch auf ihre Realisation warten lassen.

Was waren und sind auch heute noch die Ergebnisse dieser Podiumsdiskussion?

Welche Forderungen des Remise wurden erfüllt?

Wie sieht die Arbeit des Remise in nächster Zeit aus?

Da ist zum einen die Zusage der Stadtverwaltung, künftig mit SV abgekürzt, dem Remise Übergangsräumlichkeiten bereitzustellen, die die SV bereits erfüllt hat und auf deren Lage, Gestaltung und Aussehen an anderer Stelle dieses Artikels eingegangen wird. Ein weiteres und sicherlich bedeutendes Ergebnis ist die Zusage der SV dem Juze Remise einen Entwurf des Nutzungsvertrags noch im Laufe dieses Herbstes zuzusenden, wobei die SV bedenken sollte, daß auch der Herbst, wie jede andere der vier Jahreszeiten, nur drei Monate umfaßt und ein erheblicher Teil dieser Zeit bereits verflossen ist. Man (Frau) muß jedoch der SV und den Fraktionen zu gute halten, daß sie wesentliche und zentrale Bestimmungen des Vertrags verlauten ließen. So soll das Juze während der Wochentage Freitag, Samstag, Sonntag das alleinige Verfügungsrecht über den Theaterraum im Haus Illig besitzen, jedoch soll es auch anderen Gruppen, Vereinen etc. möglich sein an diesen Tagen bei rechtzeitiger Anmeldung, man sprach von einer vierteljährlichen Frist, gleichfalls den Theaterraum zu benutzen. Desweiteren wurde durch die Fraktionen dem Remise mitgeteilt das Hausrecht über mind. 7 Räume im Haus Illig zu erhalten, sich jedoch nicht zu seiner weiteren Konkretisierung bereit fanden. Man (Frau) darf hier wohl annehmen, daß es sich

um die Räume im Erdgeschoß, Barraum, Büro und den Gruppenräume im Kellergeschoß handelt. Die Überlassung der Räume soll nach Aussage der beteiligten Parteien unentgeltlich sein. Ferner wurden bisherige Abmachungen zwischen dem Juze Club Remise und der SV bestätigt, so u.a. die Bezuschussung der kulturellen Arbeit des Remise von monatl. 300 DM bei ordnungsgemäßer Buchführung, sowie die gemeinsame Durchführung von kulturellen Veranstaltungen, wobei die SV einen Abmangel von bis zu 1000 DM bereit ist zu übernehmen.

Diese Aussagen bzw. Zusagen der SV können so nicht stehen bleiben, sie müssen relativiert werden, d.h. in Relation zu den Foerderungen des Juze Club Remise gesetzt werden.

Bereits seit dem erzwungenen Auszug des Remise vom 1. Okt. 1978 wurde die Forderung von Übergangsräumlichkeiten erhoben. Daß die SV erst nach über einjährigem Exil Übergangsräumlichkeiten bereitstellt, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Einstellung und Haltung der SV gegenüber dem Juze Remise. Trotz der partiellen Aussagen über den Inhalt des Nutzungsvertrags blieben viele Punkte weiterhin im Unklaren. So wurde zu der Forderung des Remise auch über den Theaterraum, wie seither, das Hausrecht zu erhalten keine definitive und klärende Aussage getroffen. Ferner wurde keine Stellung bezogen zu den Fragen: Schlüsselgewalt, die nach Ansicht des Remise bei



ihm selbst liegen sollte, zu Öffnungs- und Schließzeiten, auch hier verlangt das Remise für alle ihm zugänglichen Räume freie Hand. Keine Berücksichtigung fand die Forderung des Juze Remise eine über das bisherige Maß hinausgehende Förderung der kulturellen Arbeit des Remise durch die SV, die angesichts der Förderung anderer kultureller Träger durch die SV mehr als dürftig ist und bleibt. Bezeichnend für die Einstellung der SV gegenüber der berechtigten Forderung des Remise auf Anerkennung als Träger "offener Jugendarbeit" ist die Aussage von BM Christ: "Dieser Club sei nur ein Verein unter vielen anderen, die in GP Kulturarbeit verrichten",

eine Aussage die den tatsächlichen Sachverhalt, eben die Leistung offener Jugendarbeit durch das Remise, in keinsten Weise berücksichtigt oder berücksichtigen will. Auch ist man (frau) dem Verlangen des Remise nach behindertengerechten Gestaltung von Barraum und Arbeitsräumen sowie eine Mitwirkung und -gestaltung bei der Ausgestaltung der Räume einschließlich des Theaterraums, an diesem Punkt scheint sich eine Möglichkeit für den Remise anzubahnen, nicht nachgekommen.

Zur Gestaltung der Arbeit des Remise läßt sich im Augenblick nur sagen, daß es die dringlichste Aufgabe ist die von der SV erhaltenen Räumlichkeiten so schnell wie möglich in einen Zustand zu versetzen, die eine Benutzung durch den Remise und Besucher ermöglichen. Bei Interesse und Mithilfe sollen die Räume an den Tagen Freitag, Samstag und Sonntag geöffnet werden, sie den Arbeitskreisen, die bisher z.T. in Kneipen tagten, für ihre Sitzungen bereitzustellen, kleine Tee-Feze zu veranstalten und vieles mehr, das zum Betrieb eines lebendigen Jugendzentrums gehört. Gleichzeitig soll und muß versucht werden bisherige unerfüllte Forderungen bei der SV durchzusetzen, wie die Zusage des Nutzungsvertrags, Mitwirkung bei der Gestaltung der Räume und den anderen oben angeführten Punkten.

Wehret den Anti-faschistischen Anfängen

Kritik der verunglückten Aktion zur Verhinderung des SS-Treffens in Hohenstaufen

Unvergesslich, wenigstens den Bürgern von Hohenstaufen, wird jene Aktion sein, getragen und durchgeführt vom "Anti-faschistischen Aktionskomitee", die so glorreich begann und so ruhmlos endete. Auftakt war, wie sollte es anders sein, eine Fehlmeldung, am 29. Juni fände in Hohenstaufen ein Treffen ehemaliger SS-Angehöriger statt. Nach Klärung dieses Fehlertermins und Richtigstellung desselben, dies Treffen sollte nun am 29. Sept. stattfinden, schloß das Ganze (wenn überhaupt schon etwas geschahen war) ruhig und selbst zufrieden wieder ein, bis Ende August/Anfang September der Ge-

danke, eine Aktion zu eben diesem Treffen einzuleiten, wieder aufgegriffen wurde. Nach kurzer und sachlich verlaufener Diskussion einigte man sich auf ein Konzept, das darauf beruhte, daß in GP eine Kundgebung mit verschiedenen Rednern versehen durchgeführt werde und anschließend eine Gruppe von etwa 30-40 Personen sich nach Hohenstaufen begeben und durch Gespräche den Boden für weitere zukünftige Aktionen dort selbst vorzubereiten. Tatsächlich fand dann in GP eine Kundgebung von ca. 90minütiger Dauer statt, bei der Redner der IG-Metalljugend, des VVN und des FIDEF-Türkisch-



er Arbeiterverein GP auftraten, während der es sogar zu einer Pöbele zwischen mehreren Ordnern und einem Neonazi kam und den üblichen Zwischenrufen derselben. Bei der Auffahrt wurde, wie meistens bei Aktionen, bei denen das Aufheben meist größer ist als der Anlaß rechtfertigt, eine Polizeikontrolle durchgeführt. Dieser Kontrolle

glücklich entronnen oder auch nicht glücklich entronnen, auf jeden Fall entronnen, rechte fertigte das weiterhin Geschehene nicht die auf sich genommenen Mühen. Neben ein paar, oft mehr als lasch geführten und meist in den Ansätzen stecken gebliebenen Gesprächen mit der Bevölkerung und, man höre und staune, mit gleichfalls anwesenden Neonazis und eines Umzugs, der die widersprüchliche Situation des Komitees wieder spiegelte (ein Teil desselben hielt sich demonstrativ fern) wurde außer einem üppigen Mittagessen nichts mehr geboten.

Wie kam es zu solch einer Aktion, die in ihrem zweitem Teil, das Gelingen des ersteren war weniger ein Verdienst des Komitees als vielmehr der Aufopferungsbereitschaft und Zähigkeit Einzelner zu verdanken, Ausmaße erreichte, die fast schon als Eklat zu bezeichnen wären.

Der erste Fehler und wohl der grundlegendste und alles weitere ablaufende wesentlich beeinflussende, war der, der mangelhaften Information bezüglich des in Hohenstaufen stattfindenden Veteranentreffens ehem. SS-Männern. Weder wurde versucht die Organisatoren dieses Treffens ausfindig zu machen, solch ein Treffen fällt ja nicht vom Himmel wie mancherorts ein Meister aus allen Wolken, sondern bedarf einer langen und intensiven Vorbereitung, zudem es bundesweite Dimensionen hatte. Ferner wurde versäumt rechtzeitig Informationen über die Gruppe, gemeint ist die ehem. SS-Division, einzuholen. Charakterisierend für die desolaten Vorbereitung war der erst wenige Tage vor der Inszenierung bekannt gewordene Name der SS-Division (eine Panzer-SS-Division), für die dann natürlich keine Zeit mehr übrig blieb Erkundungen einzuholen, z.B. bei der VVN, über die Hintergründe dieser Division wie Entstehungs-



datum (gegründet 1943), ob die Division an Verbrechen beteiligt, ob ein ehemaliger Verband der Totenkopf-SS, ob sie aus Freiwilligen oder, wie diese Division uns aufzeigt, aus Gezogenen, also zum Dienst in der SS verpflichtenden Kriegsdienstleistenden bestand. Aus dem gleichen Grund war es kurzfristig unmöglich näheres über die Leute zu erfahren, die sich dort schon seit Jahren trafen. Bestanden oder bestehen nun Verbindungen zwischen dieser Veteranengruppe oder zumindest einzelner Personen zur Hiag, wie ist die Einstellung dieser Veteranen zur Nazi-Herrschaft und zur SS, wie ist ihre Einstellung zum Neofaschismus?

Dies und vieles mehr ist, soll eine Aktion gut und den Umständen entsprechend durchgeführt werden, eine unumgängliche Voraussetzung, Voraussetzung für die Entwicklung eines der Situation entsprechenden Konzepts und aus diesem eine systematische Umsetzung und Durchführung. Statt dessen wurde ein Notkonzept, wie könnte es aus der geschilderten Vorbereitung auch anders sein, kreiert, das und dies war das schlimmste, stän-

dig umgestoßen, wieder aufgegriffen und wieder verworfen, daß nachher selbst bei den Aktionisten sich teilweise eine allgemeine Wirrniss breit machte, die besonders durch eine unkonsequente und indifferente Haltung einzelner Gruppen verstärkt wurde. Der Höhepunkt der Wirrniss wurde in Hohenstaufen erreicht, wo selbst eine zeitweilige Spaltung in der Handlungsweise der Komiteemitglieder eintrat. Wer jedoch aus dem oben gesagten zu dem Schluß kommt, das Antifa-Komitee sei unfähig Aufgaben, wie sie sich nun mal aus einer solchen Aktion ergeben, zu bewältigen, der verfällt zumindest zu diesem Zeitpunkt einem Trugschluß. Es ist nur natürlich und logisch, daß eine Gruppe zum erstenmal mit solch einem Problem und Problematik konfrontiert, daß diese eben solche Fehler begeht, auch wenn sie sich im weiteren Verlauf als verheerend erweisen. Unfähigkeit würde das Antifa-Komitee dann beweisen, wenn es aus diesen Fehlern nicht die Konsequenzen zieht und ebendiese Fehler beim nächstenmal, in der Hoffnung, daß es eine nächste Aktion noch geben wird, nicht vermeidet. *RS/Strub + M. Zorn*

ROCK GEGEN RECHTS

Dem Leser mögen bei vorliegendem Artikel erhebliche und wohl berechtigte Zweifel an der Aktualität desselben aufkommen. Hierzu muß gesagt werden, daß dieser Artikel Anfang August bei der Redaktion einging und für die Veröffentlichung in der Ausgabe vom 1. Sept. vorgesehen war. Jedoch wurden bestimmte Kriterien, an deren Einhaltung der Redaktion viel liegt, nicht beachtet. So wurden Äußerungen getroffen, die nach Ansicht der Redaktion diffamierenden Charakter besaßen, zum Teil an den Tatbestand der Beleidigung herenreichten. Bestimmte Ereignisse wurden in einer Art und Weise dargestellt, die eine Nachvollziehbarkeit durch den Leser nicht mehr ermöglichte, sondern einer subjektiven, einseitigen, die persönliche Ansicht und Interpretation von Abläufen ausdrückende Darstellung des Schreibers gleich. Eine Korrektur des Artikels im Sinne der Redaktion konnte aus zeitlichen Gründen vor Erscheinen der gb 12 vom 1. Sept. durch den Verfasser nicht mehr rechtzeitig vorgenommen werden und wird deshalb hier nachgeholt. *Red.*

16./17. Juni 79 Frankfurt/M. Nach einer Reihe sog. "Deutschlandtreffen" der NPD ist es in diesem Jahr zum erstenmal gelungen, diese zentrale Nazikundgebung in der BRD zu verhindern. Ca. 40 000 - 60 000

Antifaschisten erzwangen in Frankfurt ein Verbot des NPD-Aufmarsches und durchbrachen damit das gleichzeitig verhängte Demonstrationsverbot gegen den DGB und das Aktionsbündnis ROCK GEGEN RECHTS in der Innen-

stadt. Ca. 60 000 - 70 000 Menschen nahmen danach an einem mitreißenden Rock-Konzert auf dem Rebstockgelände teil, das unüberhörbar den Anspruch einer neuen antifaschistischen Massenbewegung verkündete:

Am Morgen des 16. Juni versammelten sich an den verabredeten 5 Punkten Tausende von Antifaschisten aus der ganzen BRD. Die bundesweite Mobilisierung der Antifaschisten klappte ausgezeichnet. Den Antifas standen ca. 5 000 Polizisten und ca. 3000 Bundesgrenzschützer gegenüber. Die "Ordnungshüter" waren bis an die Zähne bewaffnet, mit Panzern, chem. Keule etc. - das Bild einer Bürgerkriegsarmee, die bereit war, die Nazis zu schützen. Frankfurt bot das Bild einer belagerten Stadt. CDU-Wallmann hatte die Sternmärsche von ROCK GEGEN RECHTS zum Römer und ebenso die Kundgebung des DGB verbo-



ten. Erstmals seit 1933 war somit in der BRD eine gewerkschaftliche Veranstaltung verboten worden, Verbote eines Kanzler Strauß. Das Verbot verfehlte jedoch seine Wirkung. ROCK GEGEN RECHTS deklarierte seinen verbotenen Sternmarsch als "Spaziergang" und der DGB versuchte auf gerichtlichem Weg das Verbot aufheben zu lassen. Von allen Seiten spazierten tausende von Demonstranten auf die Innenstadt zu. Wir, 6 Genossen aus dem Kreis Göppingen, spazierten vom Rebstockgelände aus Richtung Römer. Unser Demo-Zug wurde schon bald danach von einer Polizeisperre aufgehalten. Innerhalb der Demo-Leitung fand eine Diskussion über das weitere



Vorgehen statt. Sollte man sich zurückziehen, wie es die Polizei forderte, oder weitergehen? Aber plötzlich zog die Polizei unter dem Beifall der Demonstranten mit ihren Wasserwerfern ab. Wir zogen durch die Mainzer Landstrasse, am Hauptbahnhof vorbei Richtung DGB-Haus. Unser Zug wurde immer größer, nicht nur junge Leute, sondern auch ältere Frankfurter schlossen sich uns an. Am DGB-

haus angekommen, wurden mit der Gewerkschaftsführung Verhandlungen über den weiteren Verlauf aufgenommen. Diese zogen sich 2 Stunden hin, man wartete auf die Sprüche der Verwaltungsrichter. Viele Genossen hatten das Warten satt, wir auch, und wollten weiterziehen, in Richtung Paulsplatz und Römerberg. Währenddessen wurden Motorradmelder zu den anderen Demo-Zügen geschickt, um das weitere Vorgehen abzusprechen. Die Verwaltungsrichter zögerten ihre Entscheidung hinaus, die Nazis hielten sich abrufbereit auf

Raststätten außerhalb Frankfurts auf. Bei uns im Zug entwickelte sich über Lautsprecher eine erregte Debatte über das weitere Vorgehen. Soll man bleiben oder weiterziehen ohne Spruch der Richter? Durch eine demokratische Abstimmung entschied sich eine Mehrheit fürs weiterziehen. Um 16.30 Uhr kam der erste Richterspruch: Die NPD-Kundgebung bleibt verboten. Dies wurde mit viel Beifall aufgenommen. Dann wurde mit den anderen Demo-Zügen vereinbart weiterzuziehen und sich am Paulsplatz zu sammeln und dort eine Kundgebung durchzuführen. In der Zwischenzeit waren auch zahlreiche Busse mit DGB-Kollegen eingetroffen, die sich uns anschlossen. Wir marschierten nun zum hermetisch abgeriegelten Römer. Schwerebewaffnete Polizei und BGS erwarteten uns. Die Nachricht traf ein, daß die NPD sich nach Alzenau in Bayern zurückgezogen habe - der Deutschlandtag war somit erfolgreich verhindert worden. Die Verfassungsrichter besaßen die Frechheit, das Verbot von OB Wallmann aufrechtzuerhalten, was aber nur auf dem Papier geschah. Auf dem Paulsplatz wurde dann unter anderem der Rücktritt von Wallmann unter großem Beifall von Gewerkschaftern gefordert. Danach zogen sich Tausende zurück auf das Rebstockgelände, um am Rock-Festival teilzunehmen.

Dieser Erfolg war nur durch das breiteste antifaschistische Aktionsbündnis möglich, das es bisher in der BRD gegeben hat. Daran nahmen außer der DKP und ein paar China-orientierte Gruppen alle linke Organisationen und auch noch der DGB teil. So etwas hat es schon lange nicht mehr gegeben, es war ein Signal,

Kommunisten, Sozialisten, Anarchos, Sozialdemokraten, Liberale, Gewerkschafter demonstrierten gemeinsam gegen rechts. Diese Aktionseinheit muß weitergeführt werden. Samstagabend und den ganzen Sonntag über spielten auf dem Rebstockgelände Rockgruppen für ein gemeinsames Ziel: ROCK GEGEN RECHTS. Ca. 70 000 Menschen verfolgten die Musik der unterschiedlichsten Gruppen und gingen begeistert mit. Folgende Gruppen traten in Frankfurt ohne Gage auf: Misty aus England (Rock against

Rascismen), Bots aus Holland, Schmetterlinge aus Österreich und viele Gruppen aus der BRD: Octopus, Missus Beastly, Guru-Guru, Oktober, Frankfurter City Blues Band, Strassenjungs, Linksradikales Blas-Orchester, Hamburger Blues Rock Session, Gebrüder Engel, Udo Lindenberg und das Panikorchester etc. Dem Aktionsbündnis ROCK GEGEN RECHTS gehören in der BRD jetzt schon mehrere hundert Unterstützerguppen an - ein Bündnis von beispielloser Breite: Rockgruppen, Jazzgruppen, Liedermacher, Alternativzeitungen, Parteien (KB, SB, GIM, Jusos, Judos, KJVD, etc.), Bunte Liste HH, Alternative Liste Berlin, GLH, GLU, SJD - Falken, Schüler und Jugendvertretungen, Asten, Gewerkschaftsgruppen, Schwulengruppen, Anti-AKW-Initiativen, Russel-Initiativen, Jugendzentrumsinitiativen, sowie viele viele Einzelpersonen - - Deutsche, Biermann, Henning Venske, Jürgen Roth, Gerhard Zverenz, Robert Jungk und Klaus Traube, um nur einige zu nennen. Vom Frankfurter ROCK GEGEN RECHTS - Konzert wird in Kürze eine Live-LP erscheinen, die die ca. 40 000 Minus, die entstanden sind, abdecken soll. Für 1979 sind noch mehrere Großveranstaltungen in der BRD geplant.

Kontaktadressen:
ROCK GEGEN RECHTS Kleine Hochstraße 5 6000 Frankfurt
ROCK GEGEN RECHTS c/o Thomas Loeck Falkenried 57 2000 HH 20
Reinhard Basler Beethovenstr. 31 7334 Süssen

"BILD - Stil"

Euer Artikel "Zensur" auf Seite 10 der letzten Ausgabe hat mich zu folgendem Schrieb angeregt. Es wäre schön, wenn Ihr ihn als Leserbrief veröffentlichten könntet.

In dem Artikel über das Verkaufsverbot des "Hammer" auf dem Schulgelände (Überschrift: Zensur) werden schon starke Worte gebraucht: Zensur, Schülerzeitung verboten, Schulausschluß angedroht, Strafanzeige. Der Stil und die Art der Darstellung erinnern mich da doch sehr an ein sicher nicht linkes Blatt aus der Springer-Presse.

Ich will Euch nicht vorwerfen, daß Ihr aufgestellte Behauptungen nicht überprüft. Eure Redaktion ist sicher personell nicht in der Lage dazu. Dem Verfasser - ich nehme an, es ist Thomas Hajer selbst - ist jedoch vorzuwerfen, daß er trotz weitergehender Information bei Stil und Inhalt seiner Darstellung geblieben ist.

1. Der "Hammer" kann nicht verboten werden; das mögliche Verkaufsverbot auf dem Schulgelände war, meiner Auffassung nach, eher verkaufsfördernd.
2. Die angeführten Gründe für das Vertriebsverbot sind sicher Empörung hervorrufend, leider jedoch kalter Kaffee. Die Schulkonferenz hat das Vertriebsverbot einstimmig nicht aus den genannten Gründen ausgesprochen, sondern weil in einem Artikel eine grobe Beleidigung ausgesprochen war, die von der Schulkonferenz nicht verantwortet werden konnte.
3. Was die Androhung des Schulausschlusses angeht, so stünde es dem Schreiber gut zu Gesichte, wenn er den Anlaß dafür erwähnen würde. Der Betroffene findet sein Verhalten auch nicht glücklich.

Als einem Mitglied der Schulkonferenz würde ich mir mehr Objektivität wünschen. Ich habe (s.o.) selbst für das Vertriebsverbot gestimmt, ich würde mich jedoch dagegen gewehrt haben, wegen des Frauenartikels, des Carstens-Artikels und des van Dyck-Berichts das selbe getan zu haben.

Wer politisches Bewußtsein schaffen will, sollte sich - gerade in einer Schülerzeitung - gut überlegen, was und wie er es schreibt. Ist es nicht bedenklich, daß der "Hammer" wegen der (meist schwachen) Lehrerzitate und

LESERBRIEF

nicht wegen der gut geschriebenen, auf die Interessen und Bedürfnisse der Schüler eingehenden Artikel gekauft wird? Oder ist es vielleicht politische Arbeit, wenn ich die Mehrzahl der Leser durch Fachjargon abstoße? Ist sich die Redaktion im klaren, wieviel positive Arbeit durch den BILD-Stil wieder zerstört wird? Mich stimmt es nachdenklich, wenn ich sehe, wie wenig der "Hammer" in seinen politischen Teilen Anklang findet. Die Äußerung, die ich dazu schon gehört habe, daß die Schüler zu dumm oder bereits zu korrumpiert seien, überzeugt mich nicht.

Ich möchte zum Schluß nur eines hoffen, daß der Verfasser des Artikels eines Tages nicht - vor all den einbildungsvollen Verfolgungen - den Augenblick verpaßt, an dem wirkliche Verfolgung einsetzt oder positiver: die Chance verpaßt, das Bewußtsein breiter Kreise zu entwickeln, um solche Verfolgung unmöglich zu machen. Der Anspruch an die Linke in dieser Sache ist hoch.

Mit solidarischem Gruß
Peter Ritz



Zum vorangegangenen Leserbrief von Peter Ritz einige Anmerkungen des Verfassers des angesprochenen Artikels:

1. Es war ursprünglich vorgesehen, den Artikel "Zensur" unter der Sparte "Kurznachrichten" zu veröffentlichen. Auf ins Detail gehende Ausführungen wurde deshalb verzichtet.
2. Wie anders als mit "Verbot" bezeichnet man es denn, wenn der Vertrieb einer Schülerzeitung an der Schu-

le untersagt wird, die Zeitung also nicht an die vorgesehene Zielgruppe gelangt und somit ihren Zweck verfehlt?

Beim Verkauf außerhalb des Schulgeländes wurden nicht mehr sondern weniger Exemplare verkauft (nur etwa die Hälfte der sonst üblichen Verkaufszahl).

3. Der vierte Verbotgrund, die sog. "Grobe Beleidigung", war in der ursprünglichen Textvorlage aufgeführt, wurde jedoch aufgrund eines Versehens des Tippers nicht übernommen. Tatsächlich waren alle vier Gründe und nicht



nur die sog. "Grobe Beleidigung" ausschlaggebend für das Verbot: Am 16. Juli verbot der Schulleiter des Gymnasiums Eisingen vorläufig den Vertrieb des "Hammers" auf dem Schulgelände wegen "jugendgefährdender Elemente", "Verächtlichmachung von Staatsorganen", "Verherrlichung der Terroristenszene" und "Beleidigung". Die Schulkonferenz stimmte eine Woche später zwar nur im letzten Punkt dem Schulleiter zu; da die Schulkonferenz jedoch nur beratende Funktion hat, der Schulleiter jedoch das letzte Wort, gerät der Beschluß der Schulkonferenz zur Farce.

4. Der Anlaß für den zwei "Hammer"-Redakteuren gegenüber angedrohten Schulausschluß ist der, daß sie es trotz Verbot auf das Drängen einiger Freunde hi. wagten, diesen einige Exemplare der Zeitung auf dem Schulgelände zu verkaufen. Aufgrund der Drohungen des Schulleiters stieg schließlich einer der beiden Redakteure aus der Redaktion aus.
5. Es bleibt abschließend nur eines zu hoffen: Daß nämlich der Verfasser des Leserbriefes erkennt, daß Verfolgung bereits eingesetzt hat (man denke nur an Zensur der Schülerpresse, aber auch an Berufsverbote und "Anti-Terror-Gesetze") und ihre Verharmlosung die Voraussetzung für immer schärfere Verfolgung bietet.

Die BRD auf dem Weg in den Faschismus? Oder: gegen was sich der antifaschistische Kampf richten soll?

Über nachstehenden Artikel wurde innerhalb der Redaktion heftig und kontrovers diskutiert. Vor allem stand immer wieder die Frage im Raum, ob ein solcher Artikel, der stellenweise nur polemisch, d.h. Aussagen nicht mit Argumenten stützt und sich darauf verlegt nur den Unmut gegenüber diesem Staat zu verstärken, in den "göppinger blättern" abgedruckt werden soll. Wir müssen noch einmal betonen, daß es uns nicht darum geht, den Artikelschreibern eine bestimmte politische Meinung zu verordnen. Die "göppinger blätter" verstehen sich als Forum und deshalb muß hier auch Platz für eine Auseinandersetzung der Linken in Göppingen sein. Deshalb legen wir darauf Wert, daß in den Artikeln eine Bündnisperspektive zum Ausdruck kommt, und nicht, wie in diesem Artikel geschehen, demokratische Kräfte wie SPD und DKP ausgeschlossen werden, ganz zu schweigen davon, daß wir Gewerkschaftsarbeit als Grundlage für jede Veränderung in der BRD betrachten. Doch kurz zum Artikel: Hier wird von einer Refaschisierung der BRD gesprochen und als "Beweis" werden die "über 100 Grundgesetzänderungen" angeführt. Kein Wort darüber, welche Veränderung eine Refaschisierung bewirkt hat, geschweige denn welche Merkmale faschistisch sind. Weiter ist zu lesen, die DKP und andere Organisationen würden sich darauf beschränken, gegen "Berufsverbote und neonazistische Gruppen zu kämpfen". Wer sind die anderen Organisationen und seit wann betreibt die DKP eine solche Politik? Ist den Verfassern unbekannt, daß die DKP offen für einen Sozialismus kämpft, und somit gegen Erscheinungen wie z.B. Abbau demokratischer Rechte, Monopolisierungstendenzen, sowie gegen die Diskriminierung von ausländischen Kollegen kämpfen. Wir bitten deshalb alle Organisationen und Leser, die zu diesem Artikel einen Beitrag schreiben wollen, dies unter dem Aspekt der Verständigung und eines möglichen Bündnisses zu tun. Denn Ziel ist einen gemeinsamen Kampf und nicht sektiererisches Verhalten zu stärken. (Red.)

Ist die BRD der "freiheitlichste Staat" auf deutschem Boden, den es je gab, wie Vertreter der sogenannten demokratischen Parteien behaupten? Oder befindet sich die BRD wieder auf dem Weg in den offenen Faschismus?

In den letzten zehn Jahren wurde dem sozialliberal regierten kapitalistischen Staat sein Schleier vom wahren Gesicht gerissen, welches unter kapitalistischen Bedingungen eben immer lebensfeindlich ist und es nötig hat, sich scheinheilig zu zeigen. Perverserweise leistet eine ehemalige Arbeiterpartei, die 1969 zu den Wahlen mit dem Slogan "Mehr Demokratie wagen" antrat, und aus deren Mitgliedschaft Tausende in den KZs Hitlers saßen, Handlangerdienste für einen imperialistischen Staat und betreibt offen reaktionäre, arbeiterfeindliche Politik. Die Schmidt-Regierung setzt offen die Politik der CDU/CSU-Regierung fort und bestätigt die historische Rolle der Sozialdemokratie. Die europäische Sozialdemokratie zeigte im 20. Jahrhundert schon mehrere Male ihr wahres Gesicht als Steigbügelhalter des bürgerlichen, reaktionären Staates, z.B. bei der Niederschlagung der deutschen Revolution von 1918 durch Ebert und Noske im Bunde mit der kaisertreuen Reichswehrführung und 1974/75 in Portugal durch Zusammenarbeit und Unterstützung der Soares-Partei von bürgerlich-reaktionären Parteien und Offizieren.

Schaut man sich die Politik seit der Befreiung vom Faschismus in Deutschland näher an, die Refaschisierung des bürgerlichen Staates, kann man jederzeit Parallelen zum Nazi-Regime, wie auch zu bestehenden faschistischen Staaten, ziehen.



Das Grundgesetz erfuhre seit seiner Verkündung über 100 Änderungen. Der neue Staat, die BRD, ging mit tatkräftiger Unterstützung der westlichen Besatzungsmächte den kapitalistischen Weg und unterdrückte von Anfang an, mit Hinweis auf die DDR, sämtliche sozialistischen Strömungen mit Verboten (z.B. KPD-Verbot 1956). Der Staatsapparat wurde

weitgehend ungesäubert von alten Nazis übernommen und mit deren Hilfe (z.B. Globke, Oberländer, Kiesinger, Filbinger und nun Carstens als Bundespräsident) auf- und ausgebaut. Tausende von KPD-Genossen, Anarchisten und Sozialisten aller Schattierungen wanderten wieder in den Knast, wurden aus den DGB-Gewerkschaften ausgeschlossen und danach aus den Betrieben gefeuert. Die Polizei, BGS und Bundeswehr wurden und werden unter Mithilfe von alten Nazi-Offizieren neu aufgebaut, alles mit dem Blick auf den "Feind im Osten" sowie die "inneren Feinde".

Ende der 60er Jahre wurden vom Bundestag mit den Stimmen der SPD die "Notstandsgesetze" verabschiedet; es folgten im Laufe der APO-Zeit bis heute Strafrechtsänderungen und -verschärfungen im Rahmen der staatlich verordneten "Terroristenhatz", Abbau der demokratischen Rechte (z.B. Berufsverbote und Bespitzelungen), Ausbau der Polizei und des BSG zur Bürgerkriegsarmee. Dies alles stellen alarmierende Zeichen dar und müssen uns zum Handeln bewegen.

Die Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß, als waschechter Vertreter des Kapitalismus, der reaktionären und faschistischen Rechten, als "starker Mann", stellt eine reale Gefahr für die Linke dar und muß als Signal zu einem breiten, demokratischen, antifaschistischen Bündnis führen. Der antifaschistische Kampf muß und darf

sich nicht nur gegen die offen neonazistischen Gruppen und z.B. gegen Berufsverbote richten, wie z.B. die DKP und andere Organisationen meinen, sondern er muß sich auch gegen die reaktionären Gesetze und Taten "unseres demokratischen Staates" richten.

Unser Kampf muß sich richten gegen:

- weiteren Abbau der demokratischen Rechte in der BRD, Berufsverbote, Gesinnungsschnüffelei etc.
- neonazistische Parteien und Banden - gegen NPD, JN, Hansa-Bande, Hoffmann-Bande, DVG, DVU, NSDAP/AO und andere Nazibandens, auch bei uns in Kreis Göppingen.
- Zusammenarbeit des Staates und seiner Institutionen mit Alt-Nazis.
- Traditionstreffen der SS-Hiag Verschleppung von Nazi-Massenmörderprozessen etc.
- Aufrüstung der Polizei und des BGS zur schlagkräftigen Bürgerkriegsarmee, Aufbau von Sondereinheiten - MEK - "Helden von Mogadischu" und SEK, die speziell zur "Terroristenbekämpfung" und zum Töten von Menschen aufgestellt wurden.
- Jugendpolizei und Kontaktbereichsbeamte.
- Strafrechtsänderungen - Kontaktsperregesetz, Trennscheibe, §88a etc.
- Pressezensur und Verfolgung, Beschlagnahmung von unerwünschten Presseerzeugnissen der Linken.

- unhaltbare Haftbedingungen in den deutschen Knästen für die politischen Gefangenen aus der RAF, Bewegung 2. Juni, P. P. Zahl, Fantasia und AGIT-Druck und vielen ungenannten Genossinnen und Genossen, ebenso den Hunderttausenden "sozialen Gefangenen".
- weitere "Selbstmorde" in Stammheim und Stadelheim.
- Einschränkung von Verteidigerrechten in Strafprozessen.
- Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung, Freiheit für die verurteilten Genossen Andreas Hanke, Eso Odefels und Straffreiheit für Karl Winter, Einstellung sämtlicher laufender Prozesse gegen AKW-Gegner.
- Unterdrückung unserer ausländischen Kollegen und für ihre Gleichstellung.
- Unterdrückung von Minderheiten, z.B. Zigeuner, Schwule, Lesben etc.
- Kommunistenverfolgungen in den Gewerkschaften, gegen Gewerkschaftsausschlüsse, gegen eine reaktionäre Politik der DGB-Gewerkschaften und der Zusammenarbeit der DGB-Spitzenfunktionäre mit den Kapitalisten.

Der antifaschistische Kampf muß sich ebenfalls gegen die Zusammenarbeit reaktionärer Politiker und auch der Bundesregierung, der Parteien mit ausländischen Faschisten und faschistischen und rassistischen Staaten richten.

Wer sich gegen Faschismus und

Unterdrückung in den kapitalistischen Staaten wehrt, muß auch gegen die Unterdrückung in den sogenannten "sozialistischen Staaten" kämpfen. Menschenrechte sind unantastbar. In der ganzen BRD, auch in Göppingen, arbeiten Antifa-Komitees und betreiben gegenüber der Bevölkerung Aufklärungsarbeit über Nazismus und den wiederaufkeimenden Faschismus. Die bisher herrschende Repression und der schon geebnete Weg in den neuen Faschismus sollte jedem Menschen zu denken geben. Es ist deshalb von äußerster Wichtigkeit, daß sich alle antifaschistischen Kräfte jeglicher Couleur zusammenschließen, um gemeinsam gegen die braune Gefahr zu kämpfen. Leider nimmt die DKP, SDAJ, VVN in diesem Kampf eine Position ein, die unhaltbar und unverantwortlich ist: Antifa-Komitees werden wegen Mitarbeit von K-Gruppen verleumdet (z.B. Tuttlingen 1979), Basis-Massenbewegungen wie z.B. "Rock gegen Rechts" am 16./17. Juni 1979 in Frankfurt verschwiegen und mit Hilfe bürgerlicher Gerichte dagegen vorgegangen. Wir meinen, daß der gemeinsame antifaschistische Kampf vor Partei- und Gruppenegoismus Vorrang haben muß.

Unsere Mittel der Befreiung sind: Aufklärung, Agitation und direkte Aktionen der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker. Das heißt: Selbstorganisation und Selbstverwaltung in allen gesellschaftlichen Bereichen!

Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht.

Veranstaltungen

Do. 13.12.

- Film: "Andrej Rubljow"/Schorndorf, JZ Hammerschlag (2 DM, 20.00h)

So. 16.12.

- Film: "Der Fall Mattei" (Francesco Rossi)/Salach, Rathaus-Ostflügel (19.30h/Ortsjugendring)

Do. 20.12.

- Film: "Solaris" (Science fiction aus der UdSSR)/Schorndorf, Volkshochschule (20.00h/2 DM)

Sa. 22.12.

- MESSALINA + BORN INNOCENT / Göppingen, Haus der Jugend

So. 23.12.

- Film: "Lohn der ANGST"/Süssen, JuTreff Lindenstr. (19.00h)
- DISCO des JZ Club Remise mit TURKEY /Göppingen, Haus der Jugend (20.00h)

Am 8. und 9. Dezember soll in Ketsch (bei Mannheim) ein Parteitag der nazistischen NPD stattfinden. Gegen-Aktionen sind geplant

Nähere Informationen, insb. Mitfahrgelegenheit, am 26. Nov. (siehe oben) beim Treffen des Antifa-Komitees GP.



Do. 10. 1.

- Film: "Michael Kohlhaas" / Schorndorf, JZ Hammerschlag (20.00h/2DM)

Sa. 12. 1.

- GÜNTHER WÖLFLE (schwäbische Lieder)/Göppingen, Haus der Jugend

Fr. 18. 1.

- KOLBE + ILLENBERGER (akkust. Gitarre)/Eislingen, Gymnasium im Ösch (19.30h/AkJ Eislingen)

So. 4. 2.

- Film: "Animal Farm" (G.Orwell)/Süssen, JuTreff Lindenstraße (19.00h)

Fr. 28. 3.

- evtl. MOMBASA (African Rock-Jazz)/Eislingen (Akj)